

BLUMEN

Am Donnerstag übergibt LH-Vize Schützenhöfer beim 51. Landesblumenschmuckwettbewerb die Preise.



Landesstatistiker

◀ BEVÖLKERUNG

Landesstatistiker Martin Mayer: 2009 neuer Bevölkerungshöchststand durch Zuwanderung. – Sarah und Lukas sind beliebteste Vornamen.



Foto: SPÖ

◀ BUCH

Ein Band zu „Arbeits- und sozialrechtliche Strategien zur Krisenbewältigung“ wurde bei LH Franz Voves präsentiert.

Landtag ist Pflicht



schaftlich schwierigen Zeiten muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen.

Anton Wels, Grafendorf: Sie werben mit „Unser Geld für unsre Leüt“. Dürfen regionale Klein- und Mittelbetriebe zusätzliche Förderungen erwarten?



Selbstverständlich. Die Klein- und Mittelbetriebe sind doch das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. Daher bekennt sich die FPÖ zur besonderen Förderung dieser Betriebe.



Konrad Gärtner, Graz: Was bedeutet Ausländer- bzw.

Einwanderungspolitik für Sie?

Eine verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik wurde von der FPÖ schon in den 90er-Jahren gefordert. Damals wollten wir erreichen, dass nur qualifizierte Ausländer ins Land gelassen werden, die auf dem Arbeitsmarkt auch vermittelbar gewesen wären. Trotzdem wurden aufgrund einer verfehlten Zuwanderungspolitik auch jene aufgenommen, die gar nicht oder schlecht qualifiziert waren. Die negativen Folgen sehen wir jetzt. Wir fordern einen Zuwanderungsstopp und die Abschiebung langzeitarbeitsloser Ausländer, die unsere sozialen Netze belasten. In Zukunft dürfen nur jene ins Land, die wirklich gebraucht werden.



Sarah Edegger, Leoben: Die FPÖ ist für eine strenge Ausländerpolitik, aber gegen das Schubhaftzentrum Vordernberg. Warum?

Das ist richtig. Wir brauchen Abschiebemöglichkeiten. Aber dafür reichen die Instrumentarien. Das neue „Schubhaftzentrum“ ist ein Luxusbau und soll 20 Millionen Euro (!) für rund 200 Schubhäftlinge kosten. Das ist reine Geldverschwendung!



Christine Koller, Leibnitz: Mit welchem Recht verunglimpfen Sie Ausländer?

Das stimmt nicht! Wir unterscheiden sehr deutlich zwischen denen, die legal nach Österreich gekommen sind, eingeregelter Beschäftigung nachgehen, sich anpassen und Deutsch sprechen, und jene die nur wegen der „sozialen Hängematte“ nach Österreich kommen.



Kathrin Bärntler, Oberweg/Judenburg: Was sagt die FPÖ zur Vereinheitlichung des Jugendschutzgesetzes?

Dies ist eine langjährige Forderung der FPÖ. Es gibt keinen logischen Grund, die Jugendschutzgesetze in den Ländern unterschiedlich zu regel-